

Sachdokumentation:

Signatur: DS 206

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/206



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Komitee für sicheren und atomfreien Strom

Medien-Mitteilung zur Abstimmung vom 5. Juni zur Änderung der Gemeindeordnung über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft



Zürich ab 2034 Atomstrom-frei

Am 5. Juni stimmt die Bevölkerung der Stadt Zürich darüber ab, ob die Stadt sich bis 2034 vom Atomstrom lossagen soll, indem sie ihre AKW-Beteiligungen verkauft, wozu der Stadtrat die Ermächtigung bekommt. Diese Bestimmungen werden in einem neuen Artikel in der Gemeindeordnung verankert. Für die JA-Parole hat sich ein Komitee aus verschiedenen Parteien gebildet. Damit sind wir startklar für den Atomausstieg!

Am 2. März 2016 stimmte der Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit einer Änderung der Gemeindeordnung zu. Neu soll in Artikel 125 GO stehen:

¹ Die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig.

² Der Stadtrat wird ermächtigt, die bestehenden Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu verkaufen.

Der neue Artikel geht auf eine Motion der SP, der Grünen und der Grünliberalen zurück, die den Stadtrat wenige Wochen nach der Katastrophe in Fukushima aufforderte, 2034 als das «Ende des Atomzeitalters in Zürich» zu definieren.

Die drei Parteien, verstärkt durch die AL und die Jungparteien, bilden denn auch das JA-„Komitee für sicheren und atomfreien Strom“, das den Abstimmungskampf hiermit eröffnet. Wir sind überzeugt davon, dass die Bevölkerung der Stadt Zürich, die sich bereits mehrfach für den Ausstieg ausgesprochen hat, auch dieses Mal zustimmen wird.

Es ist klar, dass mit einem JA noch kein Ausstieg der Stadt Zürich realisiert ist. Aber die Weichen dazu werden politisch und formell gestellt, und der beschränkte Handlungsspielraum, den eine einzelne Stadt in der Frage des Atomausstiegs hat, wird damit maximal ausgeschöpft. Ein Verkauf der Beteiligungen hätte Signalwirkung in der Schweiz und über die Landesgrenzen hinaus.

Co-Präsidium:

Helen Glaser, SP, 076 548 63 19

Andreas Edelmann, SP, 079 282 16 07

Markus Kunz, GRÜNE, 079 463 28 45

Martin Luchsinger, GLP, 076 399 51 14



Kontakt:

Komitee für sicheren und atomfreien Strom
c/o SP Stadt Zürich
Gartenhofstrasse 15, 8004 Zürich
komitee@zueri-atomfrei.ch
Postkonto 88-649924-5

Argumentarium

1. **Endgültig aussteigen!**

Die Stadt Zürich hat sich bereits 2008 den Ausstieg aus der Atomwirtschaft zum Ziel gesetzt ([Gemeindeordnung, Artikel 2^{ter}](#)). Seither hat die Welt die Katastrophe in Fukushima mit erlebt. Und in der Schweiz bricht die Diskussion über die (Un-)Sicherheit der Schweizer Atomkraftwerke nicht ab. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen merken, dass die Atomenergie keine Zukunft hat oder – besser – dass sie eine Zukunft ohne Atomenergie wollen. Daher müssen wir nun definitiv aus dieser gefährlichen und unrentablen Energieform von gestern aussteigen.

2. **Konsequent erneuerbar!**

Die städtischen Werke (ewz) haben schon lange auf diesen deutlichen Volkswillen reagiert und sich Strategien gegeben, welche die Energiezukunft Zürichs auf erneuerbare Energien abstützen. Sie sind auf dem richtigen Weg. Wir helfen ihnen dabei, ihn konsequent und definitiv zu gehen!

3. **Zwei Standbeine beim Ausstieg**

Damit die Stadt Zürich glaubwürdig behaupten kann, sie sei Atomstrom-frei, braucht es zwei Dinge: Den Ersatz des bezogenen Atomstroms durch erneuerbare Energien und den Verkauf der AKW-Beteiligungen. Das Ziel bei den Erneuerbaren ist schon halbwegs erreicht; die Stadt Zürich ist hier also auf Kurs. Sie produziert übrigens schon heute so viel erneuerbaren Strom wie die Stadt selber verbraucht. Um das zweite Ziel zu erreichen, braucht der Stadtrat einen klaren Auftrag!

4. **Kein Plan ohne Datum!**

Ein Auftrag ohne Datum ist keiner! Es braucht eine klare Terminierung, sonst besteht kein Anreiz, das Ziel eines definitiven Ausstiegs zu erreichen. Daher setzen wir dem Stadtrat eine Zeitlimite bis 2034 (nach spätestens 50 Betriebsjahren des AKW Leibstadt).

5. **Keine Umsetzung ohne Befugnis!**

AKW-Beteiligungen bergen mittlerweile beträchtliche finanzielle Risiken. Wer der Stadt Zürich ihre AKW-Beteiligungen abkaufen möchte, will mit einem kompetenten und handlungsfähigen Partner verhandeln, der Vertraulichkeit garantiert – das ist der Stadtrat von Zürich. Daher wir ihm die Befugnis, die AKW-Beteiligungen zu verkaufen!

6. **Unrentable AKWs gehören abgeschaltet!**

Wegen des tiefen Marktpreises für Strom ist Atomstrom heute ein Verlustgeschäft: Pro kWh legen die AKWs heute mehrere Rappen drauf. Hinzu kommen regelmässig grosse Investitionen in die Sicherheit der Anlagen sowie in den Stilllegungs- und den Entsorgungsfonds. Das Argument, dass der Gewinn aus dem Atomstrom für die Finanzierung der Energiewende notwendig sei, zieht daher nicht mehr. Laut einer von der SP in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2015 führt der Weiterbetrieb der 5 Schweizer AKWs während 15 Jahren zu einem Verlust von 10,5 Milliarden Franken! Je schneller die AKWs abgeschaltet werden, umso mehr Geld bleibt für die Energiewende. Der von uns verlangte Ausstieg der Stadt Zürich weist genau in diese Richtung.

Gegenargumente und Antworten darauf

1. Der Atomausstieg ist zu teuer

Der Atomausstieg ist nicht umsonst zu haben. Das ist klar. Aber drin zu bleiben, ist nicht günstiger. Mit allen Investitionen in die Sicherheit und in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sowie mit den Verlusten, die die AKWs heute bei den tiefen Marktpreisen einfahren, kostet auch ein Verbleib in der Atomenergie eine Menge. Eine Studie, welche die SP kürzlich in Auftrag gegeben hat, hat aufgezeigt, dass ein Weiterbetrieb unserer fünf AKWs während weiterer 15 Jahren aufgerechnet zu einem Verlust von 10,5 Milliarden Franken führen würde.

2. Ohne Atomstrom gibt es eine Versorgungslücke

Die Stadt Zürich sieht das anders. Das ewz sieht in seiner Strategie „ewz-Stromzukunft 2012-2050“ bereits heute den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2034, indem die Beteiligungen und Bezugsrechte an AKWs nach und nach durch andere Energieformen ersetzt werden. Konkret heisst dies, dass das ewz weiterhin in eigene Produktionsanlagen investiert, dass sich allerdings das Portfolio ändert: Wasser- und Kernkraft nehmen ab, dafür wird der Anteil erneuerbarer Energien, v. a. aus Wind und Sonne, entsprechend erhöht.

Zudem: Hat jemand gemerkt, dass im letzten August eine Zeitlang alle fünf Schweizer Atomkraftwerke gleichzeitig abgestellt waren? Wohl die wenigsten. Es ist deswegen kein einziges Licht ausgegangen in der Schweiz. Von wegen Versorgungslücke ...

Und was ist mit den Drohszenarien von Swissgrid im letzten Herbst/Winter, dass wir Gefahr laufen, in einen Energieengpass zu geraten, weil die Schweizer Stauseen zu wenig Wasser hätten? Wasser ist neben Atomstrom unsere zweite Bandenergie-Quelle. Der tiefe Wasserstand rührte daher, dass gewisse Energiekonzerne im Herbst Wasser aus den Seen abgelassen und die Energie ins Ausland verkauft hatten. Mit einem haushälterischeren Umgang mit unseren Wasserressourcen und mit Investitionen ins Stromnetz geht es also auch ohne AKWs. Zudem ist die Bandenergie aus Wasserkraft sowohl nachhaltiger als auch rentabler als Atomenergie

3. Atomenergie ist sicher

Wir nennen nur zwei Stichworte: Tschernobyl und Fukushima. Es reicht, dass ein AKW einen Unfall hat, um ganze Landstriche über Jahrzehnte unbewohnbar zu machen und den Menschen dort die Lebensgrundlage zu entziehen: Sie werden heimatlos und krank.

Und ganz allgemein ist es so, dass das Unfallrisiko mit dem Alter einer Anlage zunimmt. Ein Anschauungsbeispiel haben wir ja vor der Haustüre: Beznau mit seinen Rissen im Containment.

Zudem: Nach wie vor ist die Schweizer Bevölkerung in keiner Gegend bereit, in ihrem Boden ein End- oder ein Zwischenlager zu akzeptieren. Weil sie – berechtigterweise – befürchtet, dass nicht alle Risiken ausgeschaltet werden können.

4. Atomenergie ist sauber

Atomenergie stösst zwar kein CO₂ aus, insofern ist sie im Betrieb sauberer als zum Beispiel Kohlestrom oder eine Ölheizung. Doch zeigt die Diskussion über ein mögliches Endlager klar, dass auch Atomstrom nicht einfach sauber ist. Im Gegenteil: Der Atommüll bleibt über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende brandgefährlich und giftig! Zudem emittieren AKWs auch beim Bau, bei der Gewinnung von Uran und beim Abbau eine Menge CO₂.

5. Wir brauchen die AKWs, um die Energiewende zu bezahlen

Noch 2012 hiess es, dass wir den Atomstrom brauchten, um den Zubau der Erneuerbaren zu finanzieren. Das war während der fetten Jahre. Seither hat sich aber vieles geändert auf dem Strommarkt. Mit Atomstrom ist heute kein Gewinn und kein Energiewende-Geschäft mehr zu machen. Der Marktpreis für Strom ist europaweit auf einem Rekordtief und wird dort bis auf Weiteres bleiben. Die Gestehungskosten sind daher deutlich über dem Marktpreis. Konkret: Pro kWh legen AKW-Betreiber heute mehrere Rappen drauf.

Gleichzeitig sind die Betreiber von AKWs mit hohen Kosten konfrontiert, weil die Sicherheit der Anlagen regelmässig grosse Investitionen erfordert und weil jedes Jahr ein beträchtlicher Betrag in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds geleistet werden muss. Der Bundesrat hat gerade letztes Jahr beschlossen, die jährlichen Einlagen der Betreiber von 174 Millionen Franken auf 300 Millionen Franken zu erhöhen. Und selbst damit werden die ungedeckten Kosten von 11,7 Milliarden Franken voraussichtlich nicht gedeckt werden können.

Eine Studie, welche die SP kürzlich in Auftrag gegeben hat, hat aufgezeigt, dass ein Weiterbetrieb unserer fünf AKWs während weiterer 15 Jahren aufgerechnet zu einem Verlust von 10,5 Milliarden Franken führen. Ergo: Je früher wir sie abstellen, umso weniger kosten uns die AKWs und umso mehr Geld bleibt für die Energiewende.

6. Die Kompetenzübertragung ist ein Etikettenschwindel. Die Beteiligungen können gar nicht verkauft werden, weil sich kein Käufer finden wird.

Es gibt keine Garantie dafür, dass Zürich einen Käufer findet für ihre Bezugsrechte und Beteiligungen an AKWs. Und die Chance dafür wird im Verlauf der Zeit eher kleiner als grösser. Ein Verkauf ist ja auch nur ein Szenario für den Ausstieg der Stadt Zürich. Ein anderes wäre das Abschalten der Anlagen. Vieles zeigt denn auch dahin, dass die AKWs spätestens bis 2034 abgestellt werden, weil sie entweder nicht mehr rentieren und der Verlust bei einem Weiterbetrieb zu gross wird, oder weil sie als nicht mehr als sicher eingestuft werden. Die BKW macht es uns mit Mühleberg ja schon vor. Oder aber die Bevölkerung entscheidet, dass es eine Laufzeitbegrenzung geben soll. Im Herbst kommt ja bereits die nationale Initiative der Grünen zur Abstimmung.

7. Die Stadt haftet trotzdem weiter für Defizite (Stilllegung, Entsorgung)

Die Kosten für die Stilllegung und die Entsorgung müssen dereinst so oder so bezahlt werden. Wenn die Kraftwerke abgestellt werden, sind in erster Linie die Eigner in der Verantwortung. Das war von Anfang an bekannt. Deshalb müssen sie ja auch jedes Jahr einen beträchtlichen Betrag in den Stilllegungs- und den Entsorgungsfonds einzahlen. Mit der Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsverordnung, die per 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, wurden die AKW-Betreiber verpflichtet, ihre Beiträge von 174 Millionen auf 300 Millionen Franken jährlich zu erhöhen. Eine Kostenstudie zeigt, dass im Stilllegungs- und Entsorgungsfonds Ende 2013 13,6 Milliarden Franken fehlen, um die Kosten dannzumal decken zu können: Es bräuchte 18,9 Milliarden Franken; heute sind grad mal 5,3 Milliarden im Fonds drin. Es ist absehbar, dass dereinst nicht genügend Mittel vorhanden sein werden und als Folge die öffentliche Hand einspringen müssen. Zahlen müssen wir das Ganze so oder so. Das gehört auch zu unserer Verantwortung.

8. Bei einem vorzeitigen Abstellen der AKWs müssen wir hohe Entschädigungen für den Gewinnausfall bezahlen.

Die AKW-Befürworterinnen und -Befürworter führen immer wieder ins Feld, dass der Bund im Falle eines frühzeitigen Entzugs der Betriebsbewilligung schadenersatzpflichtig würde für den Ertragsausfall bis zum offiziellen Ende der Bewilligung. Diese Forderung steht auf wackligen Füßen. Denn beim heutigen Verlustgeschäft, das die AKW-Betreiber machen, bedeutet jeder Tag, den man früher abstellt, ein geringerer Verlust. Ein vorzeitiges Abschalten wäre demnach kein Verlustgeschäft, im Gegenteil. Zudem bringt ein Weiterbetrieb, wie bereits oben erwähnt, ebenfalls Milliardenverluste.

9. Ein Zürcher Alleingang macht keinen Sinn. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist auf nationaler Ebene beschlossene Sache, wir sollten uns an diesen Zeitplan halten.

Der Ausstieg aus der Atomenergie auf nationale Ebene ist noch nicht einmal beschlossen, und auch ohne Zeitpunkt! Wenn man beobachtet, wie das Parlament der Energiestrategie 2050 einen Zahn nach dem anderen zieht (keinen fixen Zeitpunkt für den Ausstieg, keine Laufzeitbeschränkung für AKWs usw.), drängt es sich auf, auf regionaler Ebene vorwärts zu machen und Druck aufzubauen. Wenn Zürich aussteigt, hat dies Signalwirkung auf den Rest der Schweiz und bis ins Ausland. Zusammen mit Basel Stadt und Genf, die gar nie Atomstrom hatten, sind wir dann schon zu dritt. Und wir sind sicher, wir werden immer mehr.

10. Mit einer fixen Jahresangabe in der Gemeindeordnung reduziert sich das Risiko eines atomaren Unfalls nicht. Zürich hat mit ihren Minderheitsbeteiligungen alleine kein Einfluss auf das Ausstiegsdatum der Anlagen.

Mit einer Jahreszahl in der Gemeindeordnung bekennt Zürich sich klar zum Ausstieg aus der Atomenergie. Auch wenn Zürich nur über Minderheitsbeteiligungen verfügt, ist es doch denkbar, dass ihr Entscheid auszusteigen in Kombination mit der heutigen Lage und der Marktentwicklung andere AKW-Aktionäre beeinflusst und sie ebenfalls über ein Abschaltdatum in nicht allzu weiter Ferne nachzudenken beginnen. Immerhin ist Zürich die grösste Stadt der Schweiz. Auch eine Vorreiterrolle kann Einfluss haben.

JA zum Atomausstieg

Am 5. Juni 2016

Züri sicher erneuerbar

www.zueri-atomfrei.ch



grünliberale



grünliberale



Komitee für sicheren und atomfreien Strom

Medienmitteilung zur kommunalen Abstimmung vom 5. Juni 2016